

Millionen vom Staat für Windrad-Recycler: Jetzt beginnt der Prozess um illegale Entsorgung

<https://blackout-news.de/aktuelles/millionen-vom-staat-fuer-fuer-windrad-recycler-jetzt-beginnt-der-prozess-um-illegale-entsorgung/>

Am 11. Juni beginnt vor dem Landgericht Weiden der Prozess gegen den Oberpfälzer Unternehmer Michael Roth, dessen Firma als Spezialist für die Entsorgung und Recycling von Windradschrott galt und kurz vor der Insolvenz staatliche Fördergelder erhielt. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, zwischen Juni 2024 und Januar 2025 Abfallstoffe nach Tschechien gebracht und dort ohne erforderliche Genehmigung abgeladen zu haben. Nach Angaben der Ermittler handelte es sich vor allem um Rotorblätter aus Karbonfasern und Kunststoffen. Außerdem soll Roth giftige Batterieabfälle nach Tschechien und Polen verbracht haben. Zugleich geht es um einen Unfall in seiner Werkhalle in Schwandorf. Dort sollen Mitarbeiter laut Staatsanwaltschaft kontaminiert worden sein und Gesundheitsschäden erlitten haben ([welt: 01.06.26](#)).

Staatliche Fördergelder trafen auf ungelöstes Entsorgungsproblem für Windradschrott

Roth International galt lange als Unternehmen mit politisch erwünschtem Geschäftsmodell. Der Betrieb versprach Lösungen für alte Windkraftanlagen. Zugleich wächst genau dort ein Problem, das Betreiber und Behörden seit Jahren beschäftigt.



*Vom gefeierten Spezialisten für Entsorgung zum Angeklagten:
Windrad-Entsorger erhielt Millionen und soll Schrott illegal entsorgt haben.*

Nach Schätzungen des Umweltbundesamtes fallen jährlich rund 20.000 Tonnen Schrott allein aus Windradflügeln an. Im kommenden Jahrzehnt soll die Menge auf 50.000 Tonnen pro Jahr steigen. Dennoch fehlt bislang ein tragfähiges Konzept für diese Materialmassen.

BayBG beteiligte sich, Oberpfalz zahlte 2,1 Millionen Euro

Im Jahr 2022 stieg die staatliche Bayerische Beteiligungsgesellschaft BayBG als stille Gesellschafterin bei Roth International ein. Die Höhe der Einlage blieb jedoch unbekannt. Auch das bayerische Wirtschaftsministerium nannte keinen Betrag.

Ein Jahr später gewährte der Regierungsbezirk Oberpfalz weitere öffentliche Mittel. Roth International erhielt 2,1 Millionen Euro als Investitionsbeihilfe für kleine und mittlere Unternehmen. Nach Angaben aus dem Umfeld floss ein Teil davon in den Bau der Werkhalle.

Entsorgung von Windradschrott wird zum teuren Engpass

Die Förderung beruhte auf einer nachvollziehbaren Erwartung. Roth sollte helfen, den Rückbau der Windkraft technisch und wirtschaftlich beherrschbar zu machen. Deshalb ist der Fall für die Förderpraxis besonders heikel.

Die Kosten pro Anlage sind hoch. Greenpeace schätzt 160.000 bis 350.000 Euro. Andere Angaben reichen bis zu einer halben Million Euro. Zugleich sind von rund 30.000 Windrädern in Deutschland mehr als 10.000 älter als zehn Jahre.

Gelobter Recyclingbetrieb geriet in schwere Vorwürfe

Roth warb mit eigenen Verfahren für Verbundstoffe aus Rotorblättern. Diese Verfahren sollen nach seiner Darstellung mit einem Fraunhofer-Institut entstanden sein. Die Fraunhofer-Gesellschaft konnte eine Zusammenarbeit mit Roth International jedoch nicht feststellen.

Das Branchenmagazin „Windkraft-Journal“ lobte den Einstieg der BayBG damals deutlich. Eine BayBG-Managerin sagte dort: „Mit seiner konsequenten Ausrichtung auf besonders herausfordernde Facetten des Recyclings und des Anlagenrückbaus hat sich Roth International einen hervorragenden Namen gemacht.“ Heute muss ein Gericht klären, was aus diesem Anspruch wurde.

Bürgermeisterin stoppte einen Lkw persönlich

Der Fall kam in der tschechischen Gemeinde Jirikov südlich von Bautzen ins Rollen. Am Ortsrand wuchs eine Halde mit angelieferten Abfallstoffen. Deshalb schlug die Bürgermeisterin Alarm und stellte sich schließlich mit ihrem Auto einem Lkw von Roth in den Weg.

Die Anklage umfasst außerdem Batterieabfälle. Roth soll sie nach Tschechien und Polen gebracht haben, obwohl der Entsorgungsweg laut Ermittlern nicht rechtmäßig war. Außerdem soll er in Schwandorf eine Anlage zur Trennung von Batteriebestandteilen trotz Problemen weiter betrieben haben.

Insolvenz dürfte Rückzahlung der Fördergelder verhindern

Roth sitzt seit August 2025 in Untersuchungshaft. Ein mitangeklagter Mitarbeiter befindet sich auf freiem Fuß. Für beide gilt jedoch bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung die Unschuldsvermutung.

Nach dem Konkurs im März 2025 forderte die Bezirksregierung ihren Zuschuss zurück. Der Insolvenzverwalter meldete jedoch Masseunzulänglichkeit an. Damit reicht die Konkursmasse voraussichtlich nur noch für Verfahrenskosten. Auch die stille Beteiligung der BayBG dürfte deshalb verloren sein.